

Peinliche Hamburger Kulturpolitik

Blind vor lauter Sparwut

Von Christoph Twickel

Museum dichtmachen, Schauspielhaus schleifen - Hamburgs neuer Kultursenator Reinhard Stuth hat mit seinen Sparplänen die Szene der Stadt nachhaltig verprellt. Proteste und eigene Fehler zwingen ihn jetzt zum Nachgeben. Selbst dabei macht er eine schlechte Figur.

Kampf, Kampf und noch mal Kampf. Gerne auch in Großbuchstaben. Auf dem schwarzen Brett an der Bühnenpforte hängen sie noch, die Aufrufe zum Widerstand. "Die Kampfansage" lautete das Motto des Deutschen Schauspielhauses, seit Hamburgs Kultursenator Reinhard Stuth im September verkündet hatte, das Theater müsse jährlich 1,22 Millionen Euro einsparen.

Sieben Wochen lang hat das Ensemble demonstriert, das Haus mit Plakaten, Spottschriften und Solidaritätsnoten gepflastert. Sogar ein neues Wappentier ist dabei herausgekommen: Statt des freundlichen Delphin-Logos zierte ein Hai mit gebleckten Zähnen die Website des Theaters. Die Kantine heißt seit einigen Wochen Haifischbar. Anfang November forderte das Ensemble noch den Rücktritt des Senators.

Und jetzt scheint die Schlacht vorbei. Plötzlich hat die Stadt eingelenkt.

Nunmehr hat das [Schauspielhaus](#) drei Jahre Zeit, um die Einsparmaßnahmen umzusetzen. Im Gegenzug werden die Altschulden gestundet oder gar erlassen. Sprich: Der Deal läuft auf eine Kürzung von ungefähr 300.000 Euro hinaus. Geschäftsführer Jack Kurfess, der nach dem Rücktritt von Intendant Friedrich Schirmer das Theater leitet, sitzt in seinem Büro und weiß selbst nicht recht, wie ihm da geschehen ist. "Unsere Revolutionsgarden würden vielleicht gerne weiter durch die Straßen ziehen, um die vollständige Rücknahme der Kürzungen zu erreichen", sagt er mit schwäbischem Einschlag. "Aber ich hatte mit den jetzt verbleibenden 300.000 Euro gerechnet."

Der Sinneswandel in der Kulturbehörde sei im Grunde einfach zu erklären: Man habe Senator Stuth klarmachen können, dass eine so massive Mittelstreichung das Haus ruiniert hätte. Kein Kinder- und Jugendtheater mehr, nur noch vier Produktionen pro Spielzeit - das größte deutsche Sprechtheater, vor 110 Jahren aus Eigeninitiative spendabler Hamburger Kaufleute geboren, wäre in der Bedeutungslosigkeit versunken. Das wollte Reinhard Stuth, Jurist, CDU-Parteisoldat und bekennend fachfremd in der Kulturpolitik, dann doch lieber nicht.

Reden statt den Taschenrechner zücken

Erst streichen, dann nachdenken? Kurfess ist angesichts der kulturpolitischen Realsatire um Sanftmut bemüht: "Die haben in der Behörde einfach auf ihr Zahlenwerk draufgeguckt, festgestellt, dass wir mehr bekommen als das [Thalia-Theater](#) und uns dann die gesamten Einsparungen für die drei Hamburger Staatstheater aufgebürdet. Ohne mit jemandem zu reden, der was davon versteht." Hamburgs vorherige Kultursenatorin Karin von Welck habe noch gewusst, dass die Sparvorgaben des Senats ohne die Schließung von Kulturinstitutionen nicht umzusetzen sind - und sei lieber zurückgetreten. "Und mit Stuth hat man jemanden gefunden, der gesagt hat: Ich ziehe das durch."

Kulturpolitik per Excel-Tabelle: Dieses Konzept ist dem Hamburger Kultursenator vor die Füße gefallen. Vor allem der Beschluss, mit dem Altonaer Museum eines der vier historischen Museen Hamburg zu schließen, offenbarte die Ahnungslosigkeit des neuen Amtsträgers. 3,5 Millionen Euro wollte Stuth mit der Schließung einsparen - und musste sich von Fachleuten via Presse erklären lassen, dass das nicht möglich sei.

Bund, Länder und Kommunen können nämlich nicht einfach ihre historischen Sammlungen einsparen: Die Auslagerung in selbstständige Stiftungen schützt die Exponate und Archive davor, dass übereifrige Politiker sie verramschen, um sich aus einer aktuellen Haushaltsnot zu befreien. Selbst wenn ein Museum geschlossen wird, müssen die Bestände eingelagert und gepflegt werden.

"Eine Abwicklung von Standorten würde zunächst erhebliche Investitionen, zum Beispiel bei Depotflächen, notwendig machen. Bisherige Kosten für die Betreuung und Pflege der Sammlung blieben erhalten", sagt Kirsten Baumann, Vorstand der Stiftung Historische Museen Hamburgs, zu denen auch das Altonaer Museum gehört. Um es zu schließen, hätte Neusenator Stuth eine Mehrheit im Stiftungsrat gebraucht.

Als abzusehen war, dass er die nicht bekommen würde, zog sein Dienstchef die Notbremse: Ende Oktober lud Hamburgs Bürgermeister Christoph Ahlhaus die betroffenen Institutionen und weitere Kulturschaffende zu einem "Kultur Gipfel" in einer senatseigenen Villa an der Außenalster ein. Der Spott des Feuilletons über den nassforschenden Kultursenator, die wöchentlichen Demonstrationen der Kulturszene, die 60.000 Unterschriften für die Initiative "Altonaer Museum bleibt": Das Maß war voll.

So zwangen die Proteste den Hamburger Kultursenator dazu, das zu machen, was er von Anfang an hätte machen können: Mit Fachleuten zu reden, bevor er den Taschenrechner zückt. Das Ergebnis? Ist für das Deutsche Schauspielhaus relativ glimpflich ausgefallen. Und auch die Bücherhallen konnten die auf sie entfallenden Kürzungen von anderthalb Millionen auf 500.000 Euro stützen.

Keine Ruhe für Hamburgs Museen

Über Hamburgs historischen Museen allerdings kreist weiterhin der Pleitegeier. Stuth verkündete, das Altonaer Museum werde doch nicht geschlossen - und hat die Einsparsumme der Gesamtheit der historischen Museen aufgebürdet: Bis April muss die Stiftung Historische Museen ein Konzept vorlegen, wie sie in den nächsten vier Jahren dreieinhalb Millionen Euro sparen will. Dort herrscht Ratlosigkeit, wie das ohne Schließung zu machen ist. "Das Ruhrmuseum in Essen zur Geschichte des Ruhrgebietes hat alleine einen Jahresetat von fünf bis sechs Millionen Euro - der Hamburger Verbund der historischen Museen soll dagegen mit acht Millionen Euro auskommen", wundert sich Stiftungschefin Baumann.

Auch in der Kulturbehörde weiß man nicht, wie das gehen soll. Aber weil Bürgermeister Ahlhaus Ruhe an der Kulturfront haben will, verlegt sich Senator Stuth derzeit darauf, negative Auswirkungen der Sparmaßnahmen einfach zu dementieren. Zum Beispiel im

Falle des Denkmalschutzamtes: Im Oktober verkündete der zuständige Amtsleiter den Mitarbeitern, man werde das Bildarchiv mit rund einer Million historischer Fotografien sowie die renommierte Restauratorenwerkstatt schließen, das Amtsgebäude verkaufen, seine Belegschaft umsiedeln und so 400.000 Euro sparen. Eine späte Rache an den Denkmalschützern, die immer für den umstrittenen **Erhalt des Gängeviertels** plädierten und aus Sicht von CDU-Hardlinern den Besetzern des historischen Viertels sozusagen Amtshilfe geleistet hatten? Jedenfalls sickerte die Nachricht durch. Denkmalpfleger, Amtskirchen und Stiftungen waren entsetzt.

"Er kann mich am Arsch lecken"

Mittlerweile lässt der Senator verlauten, man werde keinesfalls Denkmalschützer- oder Restauratorenstellen streichen. Die angepeilte Sparsumme könne man über die "Senkung der Mietkosten" oder "Einsparungen in der Verwaltung" erreichen, heißt es nebulös aus der Kulturbehörde. Und das historische Bildarchiv will man nun zur Stiftung Historische Museen verlegen - eben jene Stiftung, die bald mit 3,5 Millionen Euro weniger auskommen soll.

Dort zeigt man sich denn auch verwundert über derlei Ideen. "Das Bildarchiv ist ein sagenhaft wertvoller Bestand für Hamburg und für uns wäre das ein Riesengewinn", sagt Stiftungsleiterin Baumann. "Aber wenn man uns das Personal, die Mittel und die Räume nicht gibt, um ihn zu pflegen, können wir das nicht übernehmen."

Im Rahmen der Recherche für diesen Artikel das bedrohte Bildarchiv zu besuchen, war übrigens nicht möglich - die Kulturbehörde genehmigte das nicht und sagte kurz und knapp ab. Wenn man bei den Archivaren anruft, reagieren diese freundlich, aber resigniert und verwenden Begriffe wie "Maulkorb". Dass Journalisten Hintergrundgespräche mit den Fachabteilungen führen, sieht man in der Kulturbehörde zurzeit offenbar eher ungern. Denn nicht nur die Kulturszene wendet sich mit Grausen ab - auch in der Behörde selbst liegt die Stimmung unterhalb des Gefrierpunktes. Torkild Hinrichsen, protestfreudiger Direktor des Altonaer Museums hat bereits eine Abmahnung erhalten und erklärte seither, er werde über Senator Stuth nur noch nette Dinge sagen.

Ob man ihn auch schon abgemahnt hat? Jack Kurfess, Interimschef des Schauspielhauses, schürzt die schmalen Lippen. "Ich kann als Geschäftsführer einer selbstständigen GmbH nicht abgemahnt werden", erklärt er. "Aber ich wurde zur Mäßigung angehalten." Immerhin: Das große Transparent an der Fassade mit der Aufschrift "Schauspielhaus: Die Kampfansage" hat er abhängen lassen.

Stattdessen hängt dort nun, wie es sich gehört, ein Plakat, das die nächste Premiere ankündigt; ein kurzer Monolog aus "Götz von Berlichingen", der mit einer leichten Variation des wohl berühmtesten Goethe-Zitats endet: "Er kann mich am Arsch lecken." "Der Spruch gefällt uns auch sehr gut", sagt Kurfess.

URL:

<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,729159,00.html>

MEHR AUF SPIEGEL ONLINE:

Fotostrecke: Kulturkrise in Hamburg

<http://www.spiegel.de/fotostrecke/fotostrecke-61671.html>

Hamburger Gängeviertel-Besetzung: "Wir wollten ins Herz der Stadt" (20.08.2010)

<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,712137,00.html>

© SPIEGEL ONLINE 2010

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH